



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2006

Ratlosigkeit ist kein Mittel gegen Inkompetenz

Ruloff, Dieter

Abstract: Gewinnen die Demokraten die anstehenden US-Wahlen, dann werden sie die Regierung Bush bis 2008 ganz schön ärgern können. Mehr aber nicht.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-64000>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Ruloff, Dieter. Ratlosigkeit ist kein Mittel gegen Inkompetenz. In: NZZ am Sonntag, 45, 5 November 2006, 23.

Ratlosigkeit ist kein Mittel gegen Inkompetenz

Gewinnen die Demokraten die anstehenden US-Wahlen, dann werden sie die Regierung Bush bis 2008 ganz schön ärgern können. Mehr aber nicht, *schreibt Dieter Ruloff*

Am kommenden Dienstag sind Wahlen in den USA. Alle 435 Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses und 33 der 100 Senatoren werden neu bestimmt. Darüber hinaus finden Wahlen für viele Lokalparlamente statt. Die Partei des US-Präsidenten wird wohl eine Niederlage erleiden. Bush und seine engsten Getreuen verbreiten dennoch Zweckoptimismus, wobei sie in einem Punkt wohl recht haben: Einen eigentlichen Erdrutsch zugunsten der Demokraten wird der 7. November kaum bringen. Ebenfalls werden sich die Folgen für die Politik der USA in engen Grenzen halten.

Massive Ausschläge zugunsten einer Partei lässt das amerikanische Mehrheitswahlrecht nicht zu. Man stimmt in erster Linie für eine Persönlichkeit. Bisherige haben gute Chancen, wenn ihre Weste rein ist. Stimmen für den Verlierer gehen buchstäblich verloren, kommen seiner Partei also nicht über eine Liste doch noch zugute. Beim aktuellen Kräfteverhältnis brauchen die Demokraten für eine Mehrheit 6 weitere Sitze im Senat und einen Zugewinn von 15 Sitzen im Repräsentantenhaus. Aber nur bei 8 Senatssitzen gilt das Rennen als offen, ebenso sind nur 33 Sitze im Repräsentantenhaus neu zu vergeben. Die Basis der Republikaner im ländlichen Amerika ist bodenständig, fromm und sehr breit. Erzkonservative Ideen kommen hier an. Etliche Korruptionsaffären und zuletzt noch der Skandal um den Abgeordneten Mark Foley und dessen anzügliche E-Mails an Kongress-Praktikanten haben christlich-konservative Wählerkreise aber stark verunsichert. Republikanische Kandidaten distanzieren sich so weit wie möglich von den Washingtoner Machenschaften ihrer Partei. Dies überzeugt aber wohl nicht jeden Stammwähler.

Die linke und liberale Basis der Demokraten ist weit schmaler als die Stammwählerschicht der Republikaner. Der Ruf nach mehr sozialer Sicherheit und höheren Steuern für die Reichen gefällt im urbanen Umfeld, bei den Alten und bis in die kleinbürgerliche Mitte. Die progressive Haltung der meisten Demokraten in Fragen wie der Abtreibung hingegen irritiert die Wähler der Mitte; sie wird deshalb in gewundenen Statements heruntergespielt, was selten über-

zeugt. Mancher Demokrat rückt beim Buhlen um Wechselwähler-Stimmen nun offen nach rechts, preist Familienwerte, gibt sich christlich, schreckt vor Parolen gegen Immigranten nicht zurück. Das Debakel der aktuellen Regierung und die Skandale der Republikaner lenken aber von den Schwächen demokratischer Positionen ab. Sie verschleiern zudem die Ratlosigkeit auch der Demokraten in Sachen Irak, Iran und Nordkorea.

Ändern am Kurs der gegenwärtigen Regierung wird sich auch bei einem Sieg der Demokraten am 7. November wenig. Möglich, dass Verteidigungsminister Rumsfeld, der Verantwortliche für das Irak-Debakel, als Sündenbock herhalten muss und seinen Posten verliert. Denkbar sind auch ein paar neue Ideen für die Kriegführung im Irak. Einen grundsätzlichen Kurswechsel kann und wird es hier aber nicht geben: Für massive Truppenverstärkungen fehlen die Soldaten; vom Kriegsschauplatz einfach wegzulaufen, kommt für Bush nicht in Frage. Die Demokraten können deshalb gefahrlos den Abzug aus dem Irak fordern, ohne für allfällige unschöne Folgen verantwortlich gemacht zu werden. Der Regierung den Geldhahn für den Irak-Krieg zudrehen werden sie nicht, weil dies nur die kämpfende Truppe träfe. Diese ist allseits beliebt und hat schon genügend Probleme. Die Steuergeschenke der Bush-Regierung laufen erst 2010 aus; sie sind den Demokraten zwar ein Dorn im Auge, aber machen kann auch eine Mehrheit bis dahin nichts. Müssig sind auch neue Gesetzesprojekte, etwa die Anhebung der Mindestlöhne: Der Präsident und die Häuser des Kongresses – sollten sie denn demokratisch werden – blockieren sich gegenseitig. Opfer einer Patt-situation wäre auch die Dauha-Runde: Mit progressiven Handelsanbieten der USA wird man nicht rechnen dürfen.

Langweilig werden die nächsten zwei Jahre bis zur Wahl des Bush-Nachfolgers am 4. November 2008 dennoch nicht. Mit ihrer Mehrheit können die Demokraten demnächst Untersuchungsausschüsse einsetzen und der Regierung quasi den Prozess machen. Was immer hierbei an neuen Details zutage käme, für eine Absetzung Bushs wird es kaum ausreichen. Bereits 2007 wird das Rennen um die

Nachfolge Bushs die Öffentlichkeit in ihren Bann ziehen. Potenzielle Kandidaten beider Parteien müssen bald einmal aus der Deckung kommen und mit dem Sammeln von Spenden beginnen. Ohne gut gefüllte Kriegskasse hat niemand Chancen in den Primärwahlen, die bereits im Januar 2008 beginnen. Wird Hillary Clinton noch antreten, wenn sich der Jungstar der Demokraten aus Illinois, Barack Obama, in den Ring begibt? Wird Rudy Giuliani, der charismatische vormalige Bürgermeister von New York, gegen Senator John McCain aus Arizona antreten?

Im Wahlkampf fast unsichtbar bleibt Bush selbst, und das hat seine Logik. Seine Beliebtheit ist angesichts unguter Nachrichten aus dem Irak auf einem Tiefstand. Eine Welle von Enthüllungsgeschichten zur Regierungspolitik überschwemmt die Buchläden. Der Präsident und seine Getreuen kommen darin nicht gut weg. Nicht alle Geschichten sind neu, aber ein Vorwurf trifft: derjenige krasser Inkompetenz. Viele Republikaner gehen deshalb auf Distanz zu ihrem Präsidenten. Man schätzt zwar seinen Einfluss bei zahlungskräftigen Sympathisanten aus der Grossindustrie und nimmt deren Geld, aber meidet gemeinsame Wahlkampfauftritte. Sollten die Wahlen für Bush verlorengehen, wird seine Relevanz bis zum Herbst 2008 stetig abnehmen. Für Amtsinhaber auf Abruf besitzen die Amerikaner eine wenig charmante Bezeichnung: Man nennt sie lahme Enten.